

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1947

30 (23.7.1947)

VOLKSECHO

WOCHENBLATT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / LANDESBEZIRK BADEN

Jahrgang 2, Nr. 30

Mannheim, den 23. Juli 1947

Preis 15 Pfg.

Paris und der Marshall-Plan

Verewigung kolonialer Abhängigkeit Westdeutschlands

Die Idee der wirtschaftlichen Beherrschung Europas — SED zur Pariser Konferenz

Die Ergebnisse der Pariser Konferenz geben zu begründeten Hoffnungen, nicht den geringsten Anlaß. Der wichtigste Grundsatz des sogenannten Marshall-Planes wurde von dem amerikanischen Unterstaatssekretär Clayton in einer Erklärung zum Ausdruck gebracht und besagt, daß Amerika alle Pläne verwerfe, die die wirtschaftliche Beherrschung Europas als Ziel verfolgen. Hier ist nur die Idee der amerikanischen Beherrschung der europäischen Wirtschaft klar ausgesprochen, während eine gesamte, konkrete Hilfsmaßnahme nicht enthalten ist.

wichtigsten Platz im Marshall-Plan einnehmen soll, so bedeutet das die wirtschaftliche Zerreißung Deutschlands. Wenn weiterhin und noch gesteigert Ruhrkohle exportiert werden soll, so bedeutet das die deutsche Industrie lahmlegen und einen gesunden Export, den Export hochwertiger Industriewaren für die Einfuhr von Rohstoffen unmöglich machen und Deutschlands wirtschaftliche Abhängigkeit verewigen. Es entspricht durchaus diesen Plänen, wenn die „New York Times“ im Zusammenhang mit der Pariser Kon-

ferenz die Bildung einer Westzonenregierung vorgeschlagen und ein so prominenter Sozialdemokrat wie der ehemalige bayerische Ministerpräsident Höpner die Forderung nach einem Separatfrieden für den Westen erhoben hat. Es ergibt sich nach der Auffassung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, daß aus der Pariser Konferenz für Deutschland keine Erleichterung, sondern eine erhöhte Gefährdung seiner nationalen Existenz entsteht. Das verpflichtet alle demokratischen Kräfte Deutschlands,

noch entschiedener für die Herstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands einzutreten und die Bildung einer deutschen Zentralverwaltung als notwendige Voraussetzung einer gesamtdeutschen Wirtschaftsplanung anzustreben. In diesem Bestreben können sich alle antifaschistisch-demokratischen Parteien Deutschlands zusammenschließen. Nach der Pariser Konferenz ist das mehr denn je ein Gebot der Stunde.

Um die Ähren auf dem Stoppelfeld!

Polizeiaktionen gegen Aehrenleser — Anordnung des Landwirtschaftsrates gegen die Aermsten

In der vergangenen Woche wurden auf den Feldern der ländlichen Vororte Mannheims, insbesondere in Seckenheim und Friedrichsfeld, Großaktionen gegen Aehrenleser durchgeführt. Mit Polizei werden die Straßen, die vom Felde herausführen, abgesperrt worden und allen, die Ähren, die sie auf den Stoppelfeldern gelesen hatten, abgenommen worden. Alles wurde dabei den Aermsten der Armen abgenommen, auch wenn es sich nur um eine einzige Hand voll Ähren handelte. Die Aktion war von der städtischen Polizei durchgeführt worden. Zum Teil war berittene Polizei eingesetzt.

müßig Ablehnung dieser Maßnahmen. Ernährungsminister Stöb hat sich in Verteidigung dieser auf eine Anordnung des Landwirtschafts- und Ernährungsrates der beiden Westzonen berufen, wonach den Aehrenlesern in diesem Jahr nur 5 kg des gesammelten Getreides pro Familienmitglied belassen werden soll. Der Abgeordnete Nuding, Vertreter der Kommunistischen Partei, brachte in seiner Kritik zum Ausdruck, daß es nun soweit gekommen sei und sogar der Landtag nicht mehr über das Recht des Aehrenlesens bestimme, sondern daß darin der Landwirtschafts- und Ernährungsrat in einer Verordnung sich anmaßt, zu bestimmen, scheinbar nur deshalb, weil es dabei gegen die Aermsten geht. Ist das die Arbeit des Bizonen-Rates im Kampf um die Sicherstellung unserer Ernährung? Es ist einfach unverantwortlich, wenn durch einschränkende Maßnahmen auch nur eine Ähre verloren geht und auf dem

Stoppelfelde verkauft. Abgeordneter Nuding wies darauf hin, daß bei einer ähnlichen Verordnung in der Bucheckernfrage, unter dem Druck der öffentlichen Meinung, die Regierung vor der Notwendigkeit gestanden hat, sie zurückzuziehen. Der Abgeordnete Pflüger, SPD, stellte die bezeichnende Tatsache fest, daß die Art, wie Ernährungsminister Stöb die Verordnung des Landwirtschafts- und Ernährungsrates bekanntgab, den Schluß zulasse, daß Minister Stöb kein Gegner dieser Verordnung ist. Bei den durchgeführten Polizeiaktionen bleibt aber immer noch die Beantwortung der Frage offen, warum in Seckenheim und Friedrichsfeld den Aehrenlesern alles abgenommen wurde, auch dann, wenn die Aktion im Vollzug der Anordnung des Landwirtschafts- und Ernährungsrates durchgeführt worden ist.

Der Kompensationssumpf

Abgeordneter Nuding gibt im Landtag Beispiele des immer größer werdenden Kompensationssumpfs

Schonungslos beleuchtete in der letzten Landtagssitzung Abg. Nuding (KPD) die skandalösen Zustände in unserer Industrie. Die von ihm durch Briefe und Dokumente belegten Behauptungen zerreißen den Schleier von Phrasen und Scheinheiligkeit, der um die wirklichen Vorgänge in unserem Wirtschaftsleben gelegt wird. Wir bringen einige daraus. Der Treuhänder einer Lederwarenfabrik, ein ehemaliger SS-Offizier, hat für diesen Betrieb etwa 500 Grodhäute monatlich erhalten. Das entspricht einem Rohmaterialbedarf von 1 Woche, aber der Betrieb arbeitet voll, also 4 Wochen im Monat, d. h. mit anderen Worten, die 1500-1700 Häute bekam er auf dem Wege der Kompensation des grauen Marktes herein. Das sind 1/4 der Produktion und es ist selbstverständlich, daß die Erzeugnisse den gleichen Weg wandern. Der Regierung sind diese Zustände bekannt. Sie ist heute nur noch in der Lage, ein Viertel des Rohmaterials zu geben, wie aber kommt der Fabrikant zu den übrigen drei Vierteln? Zur Illustration über die Art dieser Geschäfte hier ein Zitat aus dem Brief eines Vertreters: „Aus diesem Grunde darf ich Ihnen die Sache noch kurz skizzieren: 1. Ist der gelieferte Streifgarnanzugstoff in Ordnung? Der Wert der bis jetzt gelieferten vier Stoffe beträgt mit einem Aufschlag von 100 % 414,30 Mk.

2. V. Bl. hat Lederwaren im Werte von 408,30 Mk. erhalten. Um industriewertmäßig einen Ausgleich schaffen zu können, bittet Herr V. Bl. noch um Lieferung nachstehender Lederwaren: 1 Aktenmappe mit Riemen 4 Handtaschen im Werte von 30,— bis 35,— Mk. pro Stück 1 Herrentresor und 1 Damentresor 1 Brieftasche, d. h. Lederwaren im Werte von ca. 250 Mk. Dem gleichen Treuhänder wurde die Eröffnung eines eigenen Betriebes gestattet, in dem das Leder weiterverarbeitet wird. Die Frage, wie dieser ehemalige SS-Offizier zu seinen Maschinen gekommen ist? Auch hier als Illustration ein Zitat aus dem Brief: „Die Firma Bl. hat mir bereits gestern mitgeteilt, daß Waren für dich über Z. unterwegs seien. Bis zum heutigen Tage ist aber nicht eine Haut eingetroffen. Um nun mit Erfolg für Sie tätig sein zu können, bitte ich mir folgendes zu senden: 12/2 Haut-Mappen Vachetten 12/2 Häute Pogtef. Vachetten 12/2 Häute Blankleder dazu, wenn angängig etwas Ober- und Unterleder. Sofort nach Erhalt dieser Leder werde ich auf Grund von Zusagen, die ich bereits heute erliefe, Ihnen nun wenigstens einen Teil der gewünschten Maschinen beschaffen. Brauchen Sie auch Pappschere? Hiervon würden mir zwei Stück zur Verfügung stehen.“

Das ist der graue Markt. Er entspricht den Regierungs- und behördlichen Maßnahmen, die uns lächerlich machen und mit denen der Fabrikant seine Privatgeschäfte gegen das Volk macht. Diese finden auch Leute in Regierungsposition (1), die ihnen dabei helfen. Auch hier ein Brief eines Regierungsbeamten: „Sie hatten die Freundlichkeit, bei unserem gestrigen Besuch sowohl mir als auch Herrn Knoll eine kleine Weihnachtsfreude in Gestalt von Aktenstaschen anzubieten. Herr Knoll lehnte dankend ab, begründete Gründe ab, worauf auch ich nichts sagte. Nun haben wir uns auf der Heimfahrt darüber unterhalten und wäre ich Ihnen sehr verbunden, wenn Sie uns zwei fertige Aktenstaschen machen lassen; die Ausführung und zwar des Leders, überlassen wir natürlich Ihnen. Ich darf Sie wohl bitten, die Sache vertraulich zu behandeln und danke Ihnen recht herzlich für Ihr entgegenkommen. Vielleicht ist es möglich, die Aktenstaschen bei der ersten Ablieferung des Polsterleders mitzugeben. Voraussichtlich komme ich nicht, da ich annehme, daß das Polsterleder auch im Personewagen mitgenommen werden kann.“ Die Kompensationssumpfs bedeuten den Tod der Wirtschaft, aber offizielle Regierungsstellen haben zu den Kompensationssumpfs A gesagt und müssen nun B sagen, wenn auch die gesamte Produktion in diesem Sumpf erstickt.

Gewerkschaften zum Bosch-Saarprojekt

Die Ortsverwaltung Stuttgart des Industrieverbandes Metall des württembergischen Gewerkschaftsbundes gab zur Frage des Saarprojekts und der Betriebsvereinbarung der Firma Robert Bosch folgende Erklärung ab: Die Ortsverwaltung ist der Meinung, daß, wenn sich der Betriebsrat gegen jede Verlegung eines Teiles des Reutlinger Bosch-Betriebes nach Homburg an der Saar gewendet hat, dies in Wahrnehmung der berechtigten Interessen der Gesamtarbeiterschaft geschehen ist. Kein pflichtbewußter Betriebsrat hätte in ähnlicher Lage eine andere Stellung einnehmen können, insbesondere, wenn es sich um ein so großes Projekt handelt, bei dessen Ausführung nachteilige wirtschaftliche Auswirkungen auf die Stuttgarter Arbeiterschaft unausbleiblich wären. Infolge der im Exposé der Geschäftsleitung vom 26. Juni gegen

den Betriebsratsvorsitzenden Eberle gerichteten persönlichen Angriffe, in dem derselbe als ein demagogisch skrupelloser Agitator bezeichnet wird, sehen wir uns veranlaßt, daraus zu schlußfolgern, daß sich die Geschäftsleitung bei der Beurteilung über die Stellungnahme des Betriebsrats zum Saarprojekt nicht immer von rein sachlichen Erwägungen leiten ließ. Eine solche Äußerung entbehrt jeder Berechtigung, denn der Betriebsratsvorsitzende ist jeweils der Sprecher des Betriebsrats und der Belegschaft. Nachdem der Betriebsrat das in seinem Besitz befindliche Material über das Saarprojekt in Abschrift mit Fotokopien der Geschäftsleitung ausgehändigt hat, muß eine umgehende Stellungnahme derselben, ebenfalls zu den Forderungen der Betriebsversammlung erwartet werden, damit objektive Schlußfolge-

runge gezogen werden können. Bezüglich der Betriebsvereinbarung weisen wir darauf hin, daß der Betriebsrat mit unserem Einverständnis dieselbe bei der Geschäftsleitung eingereicht hat. Bei dieser Gelegenheit sei hervorgehoben, daß die Betriebsvereinbarung nicht nur eine betriebliche Angelegenheit, sondern eine zentrale Forderung der Gewerkschaften ist, wobei politische agitatorische Gründe in keiner Hinsicht mitspielen. Die Ortsverwaltung macht die Betriebsleitung auf das Kontrollratsgesetz Nr. 22 und auf die Artikel 22 u. 23 der württembergischen Verfassung aufmerksam, wo dem Betriebsrat Rechte eingeräumt werden, die ihm die Möglichkeit geben, nach demokratischen Prinzipien als Interessenvertretung der Arbeitnehmer beim Aufbau einer Friedenswirtschaft mitzuwirken.



Frühere Sozialdemokraten sprechen:

Georg Schöpflin
Der 78jährige Veteran der Arbeiterbewegung gehörte seit 1902 als sozialdemokratischer Abgeordneter dem Reichstag an. Auf dem Vereinigungsparteitag Ostern 1946 war er einer der ältesten Sozialdemokraten, die die Vereinigung der Arbeiterbewegung begrüßten.

Karlsruhe
am Samstag, 26. Juli, um 20 Uhr, in der Markthalle.

Fritz Ebert
Sohn des früheren Reichspräsidenten Fritz Ebert. Er erkannte als Mitglied der Sozialdemokratie die große Schwäche der Arbeiterbewegung durch ihre Spaltung und ist heute im Hauptvorstand der SED und Präsident des brandenburgischen Landtags.

Heidelberg
am Samstag, 26. Juli, um 16 Uhr, in der Klingenteich-Turnhalle

Georg Spiegel
Früherer Landesvorsitzender der sozialistischen Arbeiterjugend Württembergs. Später sozialdemokratischer Redakteur in Stuttgart, Tuttingen und Schwenningen. Heute Stadtverordneter-Vorsteher in Potsdam.

Pforzheim
am Samstag, 26. Juli, um 20 Uhr, Turnhalle Pforzheim-Brötzingen.

Werner Luft
Er kommt ebenfalls aus den Reihen der Sozialdemokraten und arbeitet heute als Ministerialdirektor in Potsdam am Aufbau eines demokratischen Deutschlands.

Weinheim
am Sonntag, 27. Juli, vormittags 10.00 Uhr, Modernes Theater

Schwetzingen
am Samstag, 26. Juli, um 20.30 Uhr, im Gasthaus Zum Ritter.

Mosbach
am Samstag, 26. Juli, um 20 Uhr, in der Turnhalle.

Arbeit den Nichtstuern, Schutz den Werktätigen!

Entgegen anderen Erwartungen konnte das Arbeitsverpflichtungsgesetz weder in der 34. noch in der 35. Sitzung des Landtags behandelt werden. Einwendungen von seiten der Militärregierung machten, wie der Vertreter des Arbeitsministeriums bekannt gab, eine Absetzung von der Tagesordnung notwendig. Es darf wohl erwartet werden, daß die durch die Wünsche der Besatzungsmacht geschaffene heule Lage sich rasch klärt, so daß in einer der nächsten Sitzungen mit der Aussprache über das Gesetz gerechnet werden kann.

umfaßt, soll nach Meinung der kommunistischen Fraktion folgende Fassung erhalten: „Nichtbeschäftigte, ferner Personen, die in einem Scheinarbeitsverhältnis sind, können zeitlich begrenzt arbeitsverpflichtet werden. In besonderen Fällen der in § 1b genannten dringenden Notstände können, soweit aus den obengenannten Personenkreisen keine Verpflichtungen mehr möglich sind, auch Personen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen, kurzfristig verpflichtet werden.“

Die kommunistische Fraktion, die eine Arbeitsverpflichtung von Nichtstuern und Schiebern begrüßt, ist gleichzeitig bestrebt, den in geregelter Arbeit stehenden Werktätigen einen Schutz gegen willkürliche Anwendung des Gesetzes zu gewährleisten. Da sie sich der Einsicht nicht verschließen kann, daß in besonderen Notfällen kurzfristiger Einsatz auch von Beschäftigten notwendig sein kann, z. B. zur Rettung leicht verderblicher Lebensmittel, hat die Fraktion zu den Anträgen des Sozialpolitischen Ausschusses eine Reihe von Abänderungsanträgen eingebracht.

Die Sicherung der Werkstätigen, die im festen Arbeitsverhältnis stehen, gegen Mißbrauch des Gesetzes kann durch folgenden § 10 gestellten Antrag erreicht werden: Die Arbeitsverpflichtung darf sich bei beschäftigten Personen, die auf Grund des § 3 zur Beseitigung dringender Notstände verpflichtet werden, nicht über einen längeren Zeitraum als 14 Tage, bei nichtbeschäftigten Personen nicht über einen längeren Zeitraum als acht Monate erstrecken. Sie kann vom Arbeitsamt für Nichtbeschäftigte um weitere sechs Monate verlängert werden.

Der Antrag zu § 1b, der die Zwecke des Arbeitseinsatzes für deutsche Belange wie Wiederaufbau, Erhaltung der öffentlichen Sicherheit, Versorgung der Bevölkerung usw. umreißt, lautet: „In § 1 ist der Absatz b zu streichen und an seine Stelle zu setzen: Für lebenswichtige Arbeiten, die zur Behebung von dringenden Notständen in der Ernährung und Versorgung und für Leben und Gesundheit des Volkes erforderlich sind.“ § 3, der den zur Verpflichtung in Frage kommenden Personenkreis

Die kommunistische Fraktion sah den besonderen Schutz der Betriebsräte als unbedingt erforderlich, was sie bewegt, zu § 6, der den nichtzuverpflichtenden Personenkreis bezeichnet, einen entsprechenden Zusatzantrag zu stellen. Durch diese ihre positiven Vorschläge wird die Kommunistische Partei ihrer Aufgabe gerecht, im Rahmen der allgemeinen Interessen die Rechte der Werkstätigen zu schützen. Seinen Wert erhält dieser Schutz durch den Willen der Arbeiterschaft, im eigenen Betrieb, am eigenen Arbeitsplatz jederzeit für die Rechte aller Schaffenden einzutreten.

Ein Schlag gegen die Flüchtlinge

Im reaktionären Bayern die Flüchtlinge als staatenlos erklärt

Was die Reaktion in Deutschland mit den Flüchtlingen und Ausgewiesenen vorhat, erweist sich aus einer Anordnung des bayerischen Innenministeriums an alle Landräte in Bayern, nach der alle in Bayern lebenden Personen, die vor 1937 nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, als staatenlos gelten. Von dem Erlaß werden in Bayern 1170443 Personen betroffen. Es sind dies all jene Flüchtlinge und Ausgewiesenen, die vor 1937 im Sudetenland, in Oesterreich oder in den Süd-Ost-Staaten lebten und auf Grund der Potsdamer Beschlüsse nach Deutschland transportiert worden sind.

Wir wollen nur noch hinzufügen, daß in Bayern die CSU die Mehrheit der Mandatsträger im Parlament stellt und eine Koalitionsregierung zwischen CSU und SPD besteht. Die Flüchtlinge in Württemberg-Baden mögen aus dem Vorgang in Bayern die notwendigen Schlüsse ziehen, gleichzeitig, müssen sie sich Rechenschaft darüber geben, wer für ihre Gleichberechtigung und Existenzsicherung eintritt und was sie selbst zur Erlangung dieser getan haben.

Bei der Verfassungsberatung in Bayern hatte die Kommunistische Partei vorgeschlagen, den Ausgewiesenen und Flüchtlingen deutscher Abstammung sofort das Staatsbürgerrecht zu geben.

„Die Verhinderung der Zerstückelung Deutschlands und seiner Zergliederung in föderative Bundesstaaten ist nicht nur eine nationale Frage, sondern auch die Voraussetzung für die Ueberwindung der für den kommenden Winter drohenden Gefahren“, erklärte der Landtagspräsident von Brandenburg, Friedrich Ebert, ein Sohn des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert. „Wir wissen selbstverständlich auch, daß wir auf die Hilfe der gutmeinenden Welt angewiesen sind. Aber wir sind keine politischen Schwarzhändler, die ihre nationale Freiheit und Selbständigkeit verkaufen, um dafür eine milliardenschwere Kette kapitalistischer Sklaverei einzutauschen.“

Das „Informationsblatt“ der Kommunistischen Partei in Bayern, dem wir diese Meldung entnehmen, schreibt dazu, daß nach § 4 des Flüchtlingsgesetzes der Erlaß des Innenministeriums jeder juristischen Grundlage entbehrt. Der Erlaß stellt für die Ausgewiesenen eine unmittelbare Gefahr dar, denn sie sind damit von der Gewerbelizenzierung, dem Staatsdienst, den Pensions- und Versorgungsansprüchen sowie einer Reihe anderer Rechte ausgeschlossen.

Das Informationsblatt der Kommunistischen Partei in Bayern, dem wir diese Meldung entnehmen, schreibt dazu, daß nach § 4 des Flüchtlingsgesetzes der Erlaß des Innenministeriums jeder juristischen Grundlage entbehrt. Der Erlaß stellt für die Ausgewiesenen eine unmittelbare Gefahr dar, denn sie sind damit von der Gewerbelizenzierung, dem Staatsdienst, den Pensions- und Versorgungsansprüchen sowie einer Reihe anderer Rechte ausgeschlossen.

AUS ALLER WELT

- Die leeren Stimmzettel bei Francos Volkswahl wurden nach Meldung aus Madrid als Justimmen gezählt.
- Senora Peron, die Gattin des argentinischen Staatspräsidenten, hat in Madrid den Faschistenführer Franco besucht, und wurde auch von Frankreich und England offiziell eingeladen.
- 52 Milliarden Dollar bewilligte der Senat für die Beibehaltung der augenblicklichen Stärke der Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika.
- Ueber 3 1/2 Milliarden Dollar Gewinn haben 1946 942 amerikanische Gesellschaften erzielt, 34 Prozent mehr als 1945.
- Die bisher größte Weltsenone wird in Amerika nach den neuen Schätzungen erwartet.
- Die jüdische National-Armee Hagana lehnt die Teilung Palästinas ab und erklärt, daß sie sie zu verteidigen, die notwendigen militärischen Operationen gegen die englische Besetzung Palästinas zu führen.
- Ehemalige Mitglieder faschistischer Zellen dürfen bei den kommenden Wahlen in Ungarn nicht als Kandidaten gestellt werden.
- Das indonesische Volk wurde durch die Regierung zu den Waffen gerufen, um die Freiheit und Unabhängigkeit gegen Holland zu verteidigen. Heftige Kämpfe sind entbrannt.
- 2000 Personen wurden in Griechenland verhaftet, nach Feststellung der griechischen Linksparteien. Dieselben haben England und Amerika Protesten übersandt.

Sabotage der Karlsruher Stadtverwaltung?

Unser Artikel in Nr. 26 über die Mißwirtschaft im Hofgut Karlsruhe-Rüppurr hat jetzt zur Folge gehabt, daß die Angelegenheit Gegenstand einer Sitzung des Karlsruher Stadtrats wurde, wo auch ein Mehrheitsbeschuß zustande kam, dem Nazigutspächter Zoller das Pachtverhältnis auf Martini 1947 zu kündigen.

Die Karlsruher Stadtverwaltung scheint allerdings nicht gleiche Meinung zu sein, denn trotz dem vorliegenden Stadtratsbeschuß ist Zoller bis heute von der Kündigung noch nicht offiziell in Kenntnis gesetzt worden. Es wäre dies nicht das erste Mal, daß ein Beschluß des Stadtrates von der Verwaltungsbürokratie der Stadtverwaltung sabotiert würde. Die Verwicklungen verschiedener Beamter mit dem Hofgut Rüppurr scheinen Verwirklichung des Stadtratsbeschlusses entgegenzuwirken.

Das schlesische Vorbild des Bürgermeisters Heurich, der während einiger

Zeit auf „schwarzem“ Wege Krankentilgung vom Hofgut Rüppurr bezog, hat anscheinend in demoralisierender Weise in der Stadtverwaltung gewirkt. Denn wenn ein Bürgermeister der Stadt Karlsruhe dem Stadtrat glauben machen will, daß er nicht wußte, daß dieser Mißbrauch nicht in Einklang mit den bestehenden Vorschriften un-

erer Ernährungswirtschaft steht, wie kann man dann von den Untergebenen erwarten, gut und böse zu unterscheiden. Es wird höchste Zeit, daß dem Willen des demokratischen Stadtparlaments „hinter verschlossenen Türen“ sich auch die städtische „Ministerialbürokratie“ beugt.

F. K. H. Dietz.

Ein Tendenz-Urteil

Vom Landgericht Mannheim wurde der ehemalige Aufsicht der Untersuchungsgefängnisse, Fritz Faulhaber aus Friedelsfeld, verurteilt. Wer ist der Verurteilte? Fritz F. war seit 1940 Hilfsaufseher im Mannheimer Untersuchungsgefängnis. Er war parteilos, erwies sich aber im Dienst als aufrichter Antifaschist und unbedingter Gegner Hitlers. Seine Menschlichkeit gegenüber den Häftlingen wurde durch die Nazibeamten nicht belohnt, sondern durch Mißhandlungen. Nach dem Zusammenbruch trat F. im Landesgefängnis Mannheim aktiv gegen die militaristischen und nazistischen Bestrebungen auf. Er hatte u. a. auch mit dem damaligen Direktor Arnold, der später entlassen werden mußte, eine Auseinandersetzung, weil er nicht vor diesem „stramm“ stand. Kurz F. wurde den Reaktionen und Militaristen ungenügend angesehen. Was während der Nazizeit nicht gelang, jetzt gelang es, F. wurde mit förmlich an den Haaren herbeigezogenen Gründen entlassen und, was das Empörenderste dabei ist,

er wurde als „Schwarzarbeiter“ bezeichnet. Die Richter, die sich demokratisch nennen, haben diesen dunklen Machenschaften reaktionärer Elemente durch ihr Urteil Gesetzeskraft verliehen.

Zehn Zeugen ließ man gegen Faulhaber aufmarschieren, die aussagen sollten, daß er Gefangene mißhandelt hat.

Die Ladung von 15 Zeugen der Verteidigung wurde vom Gericht abgelehnt.

Von den zehn Zeugen stellt ein politisch verlässlicher Pfarrer einen Angeklagten dar, den besten Zeugen aus. Der damalige Leiter der Strafanstalt und der vorgeordnete Aufsicht schildern den Angeklagten als zuverlässigen und korrekten Mann.

Vier Zeugen nehmen ihre belastenden Aussagen zurück, keiner hat gesehen, daß Faulhaber jemand geschlagen hat. Trotz einem geradezu infam klingenden Kreuzverhör, dem ein Zeuge durch den Vorsitzenden Silberstein, der schon aus dem Böse-Prozess bekannt ist, unterworfen wurde, bleibt er dabei: „Ich habe nichts gesehen“.

Transport von Eisenträgern keine Schwerarbeit!

Die beim Mannheimer Aufbaudienst beschäftigten Arbeiter der Baustelle Vetter in der Lindenhofstraße beschwerten sich mit Recht darüber, daß sie nur noch Teilschwerarbeiterzulagen bekommen.

Wenn das Schleppen von 10 bis 15 Meter langen Eisenträgern und Holzschwellen keine Schwerarbeit ist, dann muß man sich fragen, was man eigentlich unter dem Begriff Schwerarbeit versteht. Das Gewerbeaufsichtsamt in Karlsruhe hat auf Grund des Zulagehandbuchs für diese Arbeit die Gewährung von Teilschwerarbeiterzulagen festgesetzt.

Durch dieses Beispiel dürfte erneut unter Beweis gestellt werden, wie dringend notwendig eine Überprüfung des Zulagehandbuchs ist. Von gewerkschaftlicher Seite und von den Betriebsräten wurde wiederholt auf die teilweise unhaltbaren Bestimmungen im Zulagehandbuch hingewiesen und es muß erwartet werden, daß die zuständigen Stellen endlich den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft entsprechen.

Bauernschule in Thüringen

Am 15. Juli wurde in Thüringen die erste bäuerliche Schulungsstätte für Jungbauern und Jungbäuerinnen eröffnet. In mehrmonatigen Kursen praktischer und theoretischer Art werden Jungbauern mit den neuesten Methoden zur Bearbeitung des Bodens, zur Bekämpfung der Schädlinge usw. bekannt gemacht.

Deutschland Rundschau

- 1000 Firmen aus den Westzonen werden auf der Leipziger Herbstmesse ausstellen.
- Die Tabakbauern in Schleswig-Holstein werden in diesem Jahr vergrößert, weil Tabak größere Gewinne abwirft, als Pflanzen für die menschliche Ernährung.
- 300 Zentner verdorbene Fische mußten in Kiel ins Meer geworfen werden.
- Gemüse aus Holland wird bis jetzt nicht eingeführt, weil man sich über geringfügige Preisunterschiede und die Bezahlung der vorgeschriebenen Steuern von 200 000 Tonne nicht einigen konnte.
- Agartz, der bisherige Leiter des Verwaltungsrates der Wirtschaft, hat nun anscheinend doch sein Amt niedergelegt, nachdem mehrere frühere Meldungen stets widerrufen wurden.
- Das Schulgebiet wurde durch den hessischen Kultusminister wieder eingeführt gegen den Willen des kulturpolitischen Ausschusses des Landtages.
- Zum xten Male will Gottlob K a m m, der Entnazifizierungsminister für Württemberg-Baden, zurücktreten.
- Drei Polizeichefs in Landshut mußten innerhalb fünf Wochen antreten werden. Zwei wegen Diebstahls von Gegenständen aus dem Fundbüro und einer wegen Zugehörigkeit zur NSDAP und SS.
- Dem Dichter Martin Andersen-Nexo wurde nach ursprünglicher Ablehnung die Einreise in die amerikanische Zone gestattet. Er sprach in Frankfurt auf einer ihm zu Ehren durchgeführten Veranstaltung der Kommunistischen Partei und besuchte in Karlsruhe seine Schwiegermutter.
- Eine Delegation der Freien Deutschen Jugend ist zur Teilnahme an einem Jugendkongress in Moskau abgereist.

Unter der Lupe

Michelbach bei Aglasterhausen
Der bisherige Bürgermeister Jakob Z i m m e r m a n n ist endlich angeblich aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten. Für diesen Schritt war es aber auch wirklich an der Zeit, denn im März, der im Jahre 1933 seinen eigenen zehnen Kampf der Antifaschisten durch dessen Amtsenthebung durch die Nazis aus gemeinlich beschnitten, ein aktiver Nazi, der SA und HJ-Mitglied, aus dem Gebiet über all hin, nur nicht aus Rathaus.

Seine Amtsführung in der Gemeinde entsprach ganz seiner Vergangenheit. Die Rechte der Bürger, die demokratischen Rechte seiner Mitbürger mißachtend, Politisch verfolgte verleumdend und beschimpfend, so regierte die Zeit bis er endlich, auf Grund des zehnen Kampfes der Antifaschisten, durch die Sozialistisch-demokratischen Vereinigung organisiert sind, das Feld räumen mußte.

Es wäre zu wünschen, daß bei der kommenden Neuwahl des Bürgermeisters am 3. August ein aufrechter Antifaschist und Demokrat an die Spitze der Gemeinde berufen wird.

Philippsburg
Herr Bürgermeister, Sie schuldig Rechenschaft!

Herr Bürgermeister K r u s e, Sie haben im Mai auf eine Reihe Fragen der Kommunistischen Partei Antwort gegeben. In der Frage der Brennholzernte in Klingelbühl Sie eine „neue Regelung“ an. Bis heute hat man davon noch nichts Wesentliches bemerkt. Dasselbe trifft auf die Lösung der Wohnraumfrage zu, denn es hinaus immer noch Flüchtlinge in großen Sälen, während Wohnraum bei den ehemaligen großen Nazis für die Flüchtlinge bereitgestellt werden könnte. Unter den zum Teil sehr unbeliebten Angehörigen versprechen Sie Amtsenthebungen vorzunehmen. Nichts ist geschehen, nur, daß Sie sich eine neue Kraft als „Stütze“ einstellten und damit erneut die Umgezahl belasteten.

Herr Bürgermeister K r u s e, immer noch ist keine restlose Aufklärung der Lebensmittelpreisentwicklung auf dem Rathaus gegeben worden. An den Einbruch glaubt niemand. Noch eine Frage in dem Zusammenhang: Wie konnten aus einem verschlossenen Raum die Mäuse, die Feuerwehrritze abmontiert werden und der ganze Benzinvorrat verschwinden?

Wo ist die Rechenschaftslegung über die Nutzholzverteilung aus dem Ge-

Weder Christentum noch Sozialismus

„Ende und Anfang“, einer katholischen Zeitschrift (Meitingen bei Augsburg Nr. 5), entnehmen wir den Darlegungen des jungen Katholiken Theo Pirker folgende Stelle:

„So stellt die CSU unserer Tage nichts anderes dar als den Versuch den Bürgertrug, sich nach dem Totalausverkauf seiner liberalistischen - kapitalistischen - nationalischen Ideologien und nach dem Totalzusammenbruch seiner Lebensform von der Plattform des Christlichen aus seine alten Machtpositionen wieder zu erringen oder zum mindesten den status quo der bestehenden Besitzverhältnisse aufrecht zu erhalten!“

Das Grundprinzip der CSU ist weder das Christentum noch der Sozialismus, sondern Sammlung, Sammlung um jeden Preis! Es ist der höchst verwunderliche Fall eingetreten, daß zu einem Zeitpunkt, da Staat und Gesellschaft den Höhepunkt von Korruption bald erreicht haben dürften, da die christlichen Kirchen in einem traurigen Zustand von Laueheit und Verbürokratisierung sich befinden, da in den Großstädten eine weitgehende Brutalisierung des Lebenskampfes Platz greift, da das flache Land zum größten Teil nur eine Religion kennt, die des Materialismus in seiner infamsten, nämlich in seiner „christlichen“ Form, da die christliche Nächstenliebe in solch handgreiflicher Weise versagt hat —, daß gerade zu diesem Zeitpunkt eine „christliche“ Partei die Mehrheit der Bevölkerung zu ihren Wählern hat! Aber vielleicht fällt es manchem leichter, Christ zu sein als Sozialist?

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß in der CSU auch Männer wirken, die daran glauben, oder besser glauben, daß es möglich sei, vom Christlichen aus zu einer Neuordnung der Gesellschaft zu schreiben. Wie aber diese Männer daran glauben konnten, daß die Vereinigung mit den Taktikern der alten Parteien reaktionärster Richtung von Dauer sein könne, ist sehr verwunderlich und zeugt von einer verüblichen Verzerrung des geredeten Blicks.“

Weder Christentum noch Sozialismus

„Ende und Anfang“, einer katholischen Zeitschrift (Meitingen bei Augsburg Nr. 5), entnehmen wir den Darlegungen des jungen Katholiken Theo Pirker folgende Stelle:

„So stellt die CSU unserer Tage nichts anderes dar als den Versuch den Bürgertrug, sich nach dem Totalausverkauf seiner liberalistischen - kapitalistischen - nationalischen Ideologien und nach dem Totalzusammenbruch seiner Lebensform von der Plattform des Christlichen aus seine alten Machtpositionen wieder zu erringen oder zum mindesten den status quo der bestehenden Besitzverhältnisse aufrecht zu erhalten!“

Das Grundprinzip der CSU ist weder das Christentum noch der Sozialismus, sondern Sammlung, Sammlung um jeden Preis! Es ist der höchst verwunderliche Fall eingetreten, daß zu einem Zeitpunkt, da Staat und Gesellschaft den Höhepunkt von Korruption bald erreicht haben dürften, da die christlichen Kirchen in einem traurigen Zustand von Laueheit und Verbürokratisierung sich befinden, da in den Großstädten eine weitgehende Brutalisierung des Lebenskampfes Platz greift, da das flache Land zum größten Teil nur eine Religion kennt, die des Materialismus in seiner infamsten, nämlich in seiner „christlichen“ Form, da die christliche Nächstenliebe in solch handgreiflicher Weise versagt hat —, daß gerade zu diesem Zeitpunkt eine „christliche“ Partei die Mehrheit der Bevölkerung zu ihren Wählern hat! Aber vielleicht fällt es manchem leichter, Christ zu sein als Sozialist?

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß in der CSU auch Männer wirken, die daran glauben, oder besser glauben, daß es möglich sei, vom Christlichen aus zu einer Neuordnung der Gesellschaft zu schreiben. Wie aber diese Männer daran glauben konnten, daß die Vereinigung mit den Taktikern der alten Parteien reaktionärster Richtung von Dauer sein könne, ist sehr verwunderlich und zeugt von einer verüblichen Verzerrung des geredeten Blicks.“

Weder Christentum noch Sozialismus

„Ende und Anfang“, einer katholischen Zeitschrift (Meitingen bei Augsburg Nr. 5), entnehmen wir den Darlegungen des jungen Katholiken Theo Pirker folgende Stelle:

„So stellt die CSU unserer Tage nichts anderes dar als den Versuch den Bürgertrug, sich nach dem Totalausverkauf seiner liberalistischen - kapitalistischen - nationalischen Ideologien und nach dem Totalzusammenbruch seiner Lebensform von der Plattform des Christlichen aus seine alten Machtpositionen wieder zu erringen oder zum mindesten den status quo der bestehenden Besitzverhältnisse aufrecht zu erhalten!“

Das Grundprinzip der CSU ist weder das Christentum noch der Sozialismus, sondern Sammlung, Sammlung um jeden Preis! Es ist der höchst verwunderliche Fall eingetreten, daß zu einem Zeitpunkt, da Staat und Gesellschaft den Höhepunkt von Korruption bald erreicht haben dürften, da die christlichen Kirchen in einem traurigen Zustand von Laueheit und Verbürokratisierung sich befinden, da in den Großstädten eine weitgehende Brutalisierung des Lebenskampfes Platz greift, da das flache Land zum größten Teil nur eine Religion kennt, die des Materialismus in seiner infamsten, nämlich in seiner „christlichen“ Form, da die christliche Nächstenliebe in solch handgreiflicher Weise versagt hat —, daß gerade zu diesem Zeitpunkt eine „christliche“ Partei die Mehrheit der Bevölkerung zu ihren Wählern hat! Aber vielleicht fällt es manchem leichter, Christ zu sein als Sozialist?

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß in der CSU auch Männer wirken, die daran glauben, oder besser glauben, daß es möglich sei, vom Christlichen aus zu einer Neuordnung der Gesellschaft zu schreiben. Wie aber diese Männer daran glauben konnten, daß die Vereinigung mit den Taktikern der alten Parteien reaktionärster Richtung von Dauer sein könne, ist sehr verwunderlich und zeugt von einer verüblichen Verzerrung des geredeten Blicks.“

Um das Brot

Erfolg im Kampf um die Hybridenrebe

Am 18. Juli war das Hybridengesetz wiederum Gegenstand einer Landtagsdebatte. Nachdem die Kommunisten schon vor Monaten die Beseitigung des Anbauverbotes gefordert hatten, verlangte jetzt der „Landwirtschafts- und Ernährungsausschuß“ die Beseitigung aller Hybridenpflanzen. Pflanzungen, die über 2 ar hinausgehen, sollten sofort, und unter 2 ar in einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt herausgehauen werden.

Gegen diesen Antrag des Ausschusses, der von dem CDU-Abgeordneten Schneider in einem langen Referat begründet wurde, nahm die kommunistische Fraktion in schärfster Weise Stellung. Der kommunistische Abgeordnete

Hoher Besuch

Reichhaltige Tafel
So ist's sich's gut leben
Am 10. Juli traf eine „Ernährungs-Studienkommission“ auf der staatlichen Landwirtschaftsschule Augustenbergs ein. Landwirtschaftsminister Stooß und noch einige Herren waren in Heidelberg zurückgehalten worden.

In Erwartung des hohen Besuches baute man eine reichhaltige Tafel auf. Sie war mit allerlei Wurstsorten, Salaten und 15 Flaschen auslesener Weine garniert.

Bei den Landarbeitern wird gespottet, wenn die hohen Herren kommen, ist alles reichlich vorhanden.

Der Boden muß dem gehören, der ihn bearbeitet

Auf der Tagung des Kreisbauernverbandes Mosbach kam die Forderung der Bauern zum Ausdruck, daß der Boden dem gehören soll, der ihn bearbeitet. Diese Forderung in die Tat umzusetzen, das bedeutet vor allen Dingen die Bodenreform durchführen und die Großjunker enteignen, die bekanntlich keine Hand regen, um

Der Boden muß dem gehören, der ihn bearbeitet

Auf der Tagung des Kreisbauernverbandes Mosbach kam die Forderung der Bauern zum Ausdruck, daß der Boden dem gehören soll, der ihn bearbeitet. Diese Forderung in die Tat umzusetzen, das bedeutet vor allen Dingen die Bodenreform durchführen und die Großjunker enteignen, die bekanntlich keine Hand regen, um

Gedanktage DER WOCHE

- 23. Juli 1914 Oesterreich stellt Serbien unannehmbares Ultimatum.
- 26. Juli 1943 Sturz und Verhaftung Mussolinis. Badoglio-Regierung. 1935: Eröffnung des VII. Weltkongresses der Kommintern. 1887 Karl Marx vollendet den I. Band seines Hauptwerkes „Das Kapital“.
- 26. Juli 1886 George Bernard Shaw, englischer Schriftsteller geboren.
- 27. Juli 1943 Clement R. Attlee, englischer Premierminister. 1941 M. L. Lermontow, russischer Dichter, gest. 1859. J. I. Dostojewski, russischer Schriftsteller. 1790: Eröffnung des VII. Weltkongresses der Kommintern. 1887 Karl Marx vollendet den I. Band seines Hauptwerkes „Das Kapital“.
- 28. Juli 1914 Kriegserklärung Oesterreichs an Serbien. 1894 Ludw. Feuerbach, Philosoph, geboren. 1794 Maximalismus. 1890: Eröffnung des VII. Weltkongresses der Kommintern. 1887 Karl Marx vollendet den I. Band seines Hauptwerkes „Das Kapital“.
- 29. Juli 1886 Robert Schumann, Komponist, gestorben.

Arbeitszwang in der Landwirtschaft

„Wer zuletzt in der Landwirtschaft gearbeitet hat, ja, wer vielleicht vor 3 oder 10 Jahren zwei Jahre in diesem Beruf tätig war, darf vom Arbeitsamt nur in eine landwirtschaftliche Arbeitsstelle eingewiesen werden.“

So lautet Verordnung des Präsidenten des Landesarbeitsamtes Württemberg-Baden.

Wir verkennen nicht den Arbeitsmangel in der Landwirtschaft und die unbedingte Notwendigkeit, im Interesse der Volksernährung, Arbeitskräfte für die Landarbeit aufzubringen. Wir sind aber der Meinung, daß erträgliche soziale Arbeitsbedingungen für die Landarbeiter geschaffen werden müssen, wenn der Arbeiterbedarf gedeckt und die Arbeiterfrage gelöst werden soll. Freilich, der Bauer kann z. B. keine höheren Löhne seinem Arbeiter geben, weil er für seine Produkte, sofern er sie endlich absetzt, nur einen Preis bekommt und für industriestrikt horrende Preise bezahlen muß. Hier eben gilt es, grundlegenden Wandel zu schaffen; einen Wandel, zu welchem die heute maßgebenden Kreise unfähig sind.

Unsere Leser, besonders unsere Landarbeiter, fordern wir auf, einmal ihre Meinung zu obiger Verordnung des Landesarbeitsamtes und den Verhältnissen im Landarbeiterberuf in schriftlicher Form an uns zu senden.

Arbeitszwang in der Landwirtschaft

„Wer zuletzt in der Landwirtschaft gearbeitet hat, ja, wer vielleicht vor 3 oder 10 Jahren zwei Jahre in diesem Beruf tätig war, darf vom Arbeitsamt nur in eine landwirtschaftliche Arbeitsstelle eingewiesen werden.“

So lautet Verordnung des Präsidenten des Landesarbeitsamtes Württemberg-Baden.

Wir verkennen nicht den Arbeitsmangel in der Landwirtschaft und die unbedingte Notwendigkeit, im Interesse der Volksernährung, Arbeitskräfte für die Landarbeit aufzubringen. Wir sind aber der Meinung, daß erträgliche soziale Arbeitsbedingungen für die Landarbeiter geschaffen werden müssen, wenn der Arbeiterbedarf gedeckt und die Arbeiterfrage gelöst werden soll. Freilich, der Bauer kann z. B. keine höheren Löhne seinem Arbeiter geben, weil er für seine Produkte, sofern er sie endlich absetzt, nur einen Preis bekommt und für industriestrikt horrende Preise bezahlen muß. Hier eben gilt es, grundlegenden Wandel zu schaffen; einen Wandel, zu welchem die heute maßgebenden Kreise unfähig sind.

Unsere Leser, besonders unsere Landarbeiter, fordern wir auf, einmal ihre Meinung zu obiger Verordnung des Landesarbeitsamtes und den Verhältnissen im Landarbeiterberuf in schriftlicher Form an uns zu senden.

Ludwig Feuerbach

Nach einem Wort Lenins ist der Marxismus der rechtmäßige Erbe des Besten, was die Menschheit im 19. Jahrhundert in der Gestalt der deutschen Philosophie, der englischen politischen Ökonomie und des französischen Sozialismus hervorgebracht hat. Um aus diesen drei Quellen den Marxismus als Gesellschaftswissenschaft zu entwickeln, mußten Marx und Engels erst ihre eigene Entwicklung durchlaufen. Zu den deutschen Philosophen, die an dieser Entwicklung hervorragenden Anteil haben, zählt neben Hegel der deutsche Philosoph Ludwig Feuerbach.



Als Privatdozent in Erlangen. Als Mensch mit hervorragenden geistigen Qualitäten erkannte er jedoch sehr bald den reaktionären idealistischen Inhalt der Hegelschen Philosophie. (So übernahm auch Marx und Engels von der Hegelschen Philosophie nicht das System, sondern nur die dialektische Methode.) Feuerbach entwickelte als Gegensatz zu dieser idealistischen Philosophie seinen Materialismus, welcher zum größten wissenschaftlichen Ereignis unter der damaligen Studierenden Jugend wurde und auch auf Marx und Engels einen bestimmenden Einfluß ausübte. Die Grundthesen des Feuerbachschen Materialismus in dem berühmten Vorwort: „Zur Kritik der politischen Ökonomie: „Es ist nicht das Bewußtsein des Menschen, das sein Sein, sondern umgekehrt, ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt.“ — Als Vertreter einer damals fortschrittlichen Philosophie war es ihm nicht möglich, einen Lehrstuhl an einer deutschen Universität zu erhalten und wurde zum Leben in einem kleinen süddeutschen Dorf verbannt. Er starb als armer Dorfphilosoph am 12. September 1872 in Rechenberg bei Nürnberg.

11 Thesen über Feuerbach von Karl Marx
I. Der Hauptmangel alles bisherigen Materialismus — den Feuerbachschen mit eingerechnet — ist, daß der Gegenstand die Wirklichkeit, Sinnlichkeit, nur unter der Form des Objekts oder der Anschauung gefaßt wird; nicht aber als menschliche sinnliche Tätigkeit, Praxis, nicht subjektiv, daher geschah es, daß die rechte Seite, im Gegensatz zum Materialismus, vom Idealismus entwickelt wurde — aber nur abstrakt, da der Idealismus natürlich die wirkliche, sinnliche Tätigkeit als solche nicht kennt. Feuerbach weiß von der Tätigkeit des menschlichen Geistes nichts. Er faßt die menschliche Tätigkeit selbst nicht als gegenständliche Tätigkeit. Er betrachtet die menschliche Tätigkeit nur als das theoretische Verhalten als das echt menschliche, während die Praxis nur in ihrer schmutzig-jüdischen Ercheinungsform gefaßt und fixiert wird. Er „revolutionären“, der praktisch-kritischen Tätigkeit.

II. Die Frage, ob dem menschlichen Denken gegenständliche Wahrheit zukomme, ist keine Frage der Theorie, sondern eine praktische Frage. In der Praxis muß der Mensch die Wahrheit, d. h. die Wirklichkeit und Macht, die Dialektik seines Denkens beweisen. Der Streit über die Wirklichkeit oder Nichtwirklichkeit eines Denkens, das sich von der Praxis isoliert, ist eine rein scholastische Frage.

III. Die materialistische Lehre, daß die Menschheit Produkte der Umstände und der Erziehung, veränderte Menschen also Produkte anderer Umstände und geänderter Erziehung sind, vertritt, daß die Dialektik des menschlichen Geistes verändert werden, und daß der Erzieher selbst erzeugt werden muß. Sie kommt daher mit Notwendigkeit dahin, die Gesellschaft zu zweifeln, zu zerstören, von denen der eine über der Gesellschaft erhaben ist (z. B. bei Robert Owen). Das Zusammenfallen des Aenderns der Umstände und der menschlichen Tätigkeit kann nur als umwälzende Praxis gefaßt und rational verstanden werden.

IV. Feuerbach geht aus von dem Faktum der religiösen Selbstentfremdung, der Verdoppelung der Welt in eine religiöse, vorgestellte, und eine wirkliche Welt. Seine Arbeit besteht darin, die religiöse Welt in ihre weltliche Grundlage aufzulösen. Er überläßt, daß nach

Vollbringung dieser Arbeit die Hauptaufgabe noch zu tun bleibt. Die Tatsache nämlich, daß die weltliche Grundlage sich von sich selbst abhebt, und sich, ein selbständiges Reich, in den Wolken fixiert, ist eben nur aus der Selbstzerstörung und dem Sich-selbst-Widersprechen dieser weltlichen Grundlage zu erklären. Diese selbst muß also erstens in ihrem Widerspruch verändert und sodann durch Beseitigung des Widerspruchs praktisch revolutioniert werden. Also z. B. nachdem die irdische Familie als das Geheimnis der herrschen Familie entdeckt ist, muß nun erstere selbst theoretisch und praktisch umgewälzt werden.

V. Feuerbach, mit dem abstrakten Denken nicht zufrieden, appelliert an die sinnliche Anschauung; aber er faßt die Sinnlichkeit nicht als praktische, menschlich-sinnliche Tätigkeit.

VI. Feuerbach löst das religiöse Wesen in das menschliche Wesen auf. Aber das menschliche Wesen ist kein dem einzelnen Individuum innewohnendes Abstraktum. In seiner Wirklichkeit ist es das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse. Feuerbach, der auf die Kritik dieser menschlichen Wesens nicht einging, ist daher gezwungen, 1. von dem gesellschaftlichen Verlauf zu abstrahieren und das religiöse Gemüt für sich zu fixieren und ein abstrakt-isoliertes-menschliches Individuum vorzusetzen; 2. kann bei ihm daher das menschliche Wesen nur als „Gattung“ als innere, stumme, die vielen Individuen bloß natürlich verbindende Allgemeinheit gefaßt werden.

VII. Feuerbach sieht daher nicht, daß das „religiöse Gemüt“ selbst ein gesellschaftliches Produkt ist, und daß das abstrakte Individuum, das er analysiert, in Wirklichkeit einer bestimmten Gesellschaftsform angehört.

VIII. Das gesellschaftliche Leben ist wesentlich praktisch. Alle Mysterien,

welche die Theorie zum Mysticismus verleiht, finden ihre rationale Lösung in der menschlichen Praxis und im Begreifen dieser Praxis.

IX. Das Höchste, wozu der ansehende Materialismus es bringt, d. h. der Materialismus, der die Sinnlichkeit nicht als praktische Tätigkeit begreift, ist die Anschauung der einzelnen Individuen in der „bürgerlichen Gesellschaft“.

X. Der Standpunkt des alten Materialismus ist die „bürgerliche“ Gesellschaft; der Standpunkt des neuen, die menschliche Gesellschaft, oder die vergesellschaftete Menschheit.

XI. Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt darauf an, sie zu verändern.

Rundfunk

- Rundfunk Berlin:
23. 7. 47: 7.10 Uhr: Aus Politik und Wirtschaft. 19.25: Abhängige u. Abhängigkeit. 20.15: Vortr. über die Pressefreiheit. 21.45 Uhr: Landfunk. 19.35: Aus Politik und Wirtschaft. 21.40: Tribüne der Demokratie.
- 24. 7. 47: 7.10 Uhr: Aus Politik und Wirtschaft. 19.35: Die neue Politik im Osten Europas. 19.40: Tribüne der Demokratie (Bericht von einer Parlamentsitzung in der Ostzone).
- 25. 7. 47: 14 Uhr: Tägliche Zeitungsschau. 18.40: Stimme des FDGB. 19.25: Aus Politik u. Wirtschaft. 20.15: Tageskommentar.
- 26. 7. 47: 14 Uhr: Tägliche Zeitungsschau. 19.25: Außenpolitische Wochenübersicht. 20.15: Tageskommentar von Herbert Geiser. 21.40: Tribüne der Demokratie.
- 27. 7. 47: 12.30 Uhr: Kommentar zu Sonntag. 14.10: Die tägliche Zeitungsschau. 18.30: Stimme des Kulturbundes.
- 28. 7. 47: 14.00 Uhr: Blick in die deutsche Presse. 19.35: Außenpolitik und Wirtschaft. 20.15: Tageskommentar. 21.15: Innenpolitische Rundschau von Herbert Geiser.
- 29. 7. 47: 14.00 Uhr: Die tägliche Zeitungsschau. 17.50: Die Stimme des Kulturbundes. 19.25: Außenpolitik u. Wirtschaft. 20.15: Tageskommentar. 21.40: Tribüne der Demokratie.

Ludwig Feuerbach wurde am 28. Juli 1804 als Sohn des berühmten Strafrechtsprofessors Anselm Feuerbach in Landshut geboren. Er ist der Onkel des Meisters Anselm Feuerbach. Er studierte in Heidelberg und Berlin und gehörte dort zu den Schülern Hegels. 1828 habilitierte er